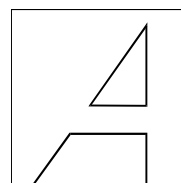




Nr. 2 – 14. Februar 2007



Konrad
-Adenauer-
Stiftung

Studienzentrum Rio de Janeiro
Leiter: Dr. Wilhelm Hofmeister

Erst nach Karneval ... der Beginn der 2. Amtszeit von Präsident Lula in Brasilien

Präsident Lula da Silva beginnt seine zweite Amtszeit mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit aus elf Koalitionsparteien und einem ehrgeizigen Wachstumsprojekt. Doch weil die Kabinettsumbildung auf sich warten läßt, ist die Regierung noch im Wartestand. Das Parlament hat sein Ansehen gegenüber der Öffentlichkeit noch nicht verbessert und das Oberste Bundesgericht erschwert die Konsolidierung der Parteien.

In Brasilien beginnt das Arbeitsjahr erst nach Karneval. Dieser oft zitierte Satz gilt anscheinend auch für die zweite Regierungszeit von Präsident Lula. Offiziell begann seine zweite Amtsperiode am 01. Januar. In einer Rede vor dem Kongress sagte er: „es ist notwendig, einige entscheidende Knoten zu lösen, damit das Land die Kraft, die es hat, nutzen kann und mit aller Geschwindigkeit vorankommt.“ Doch wer erwartete, dass Präsident und Regierung nun sogleich unermüdlich zu Werke gingen, wurde von einer der ersten Entscheidungen des Präsidenten im Neuen Jahr überrascht: sich selbst und seinen Ministern verordnete er zunächst einmal 10 Tage Urlaub. Die Regierungsumbildung wurde verschoben.

Das ist Brasilien. Hier bestimmt ein anderer Rhythmus den Lauf der Dinge - nicht zuletzt auch den politischen Prozess. Außerdem: die Entscheidung des Präsidenten hatte einen ganz praktischen politischen Zweck. Er gewann Zeit, um zwei wichtige politische Projekte reifen zu lassen: die Vorbereitung des neuen Entwicklungsprogramms zur Beschleunigung des Wachstums „*Programa de Aceleração do Crescimento*“ (PAC) und die Wahl der Präsidenten des Senats und der Abgeordnetenversammlung, die Aufschluß gab über die Kräftekonstellation im Parlament und die Stärke der Regierungskoalition. Das neue Parlament trat erstmals am 01. Februar zusammen und der Präsident wollte bei der Auswahl seiner künftigen Minister die Wahlen in der Kammer und dem Senat abwarten. Doch auch knapp 14 Tage nach diesen Wahlen ist die neue Kabinettsliste noch nicht fertig und innerhalb der Parteien wird heftig darum gestritten, wer welchen Posten erhalten soll. Selbstverständlich wird auch in den Medien viel spekuliert, doch der Präsident hält sich noch bedeckt. Erst nach Karneval, wahrscheinlich aber erst Anfang März, wird er wohl die Veränderungen bekannt geben. „*O Brasil tem tempo*“ – „Brasilien hat Zeit“, so antwortete Präsident Lula vor einiger Zeit auf die Vorhaltung, die Dinge im Land gingen zu langsam voran.

Ich, Gott und die Armen

“Brasilien kann nicht weiterhin wie ein Raubtier sein, das von einem unsichtbaren Stahlnetz gefangen ist, das sich wehrt und erschöpft, ohne das Gewebe zu sehen, das es fesselt.“ Mit diesen Worten und dem Hinweis, dass nun einige Knoten zu lösen seien, damit das Land mit größerer Geschwindigkeit vorankomme, drückte Präsidenten Lula bei der Zeremonie zum Beginn seiner zweiten Amtsperiode seine Entschlossenheit aus, in den nächsten Jahren raschere Entwicklungsfortschritte anzustoßen. Zugleich sind seine Worte aber auch Eingeständnis, dass in den vergangenen vier Jahren manche Knoten nicht gelöst wurden ...

Hatte der Präsident vor vier Jahren zu Beginn seiner ersten Amtszeit die Begriffe „Wandel“ und „Reformen“ in den Mittelpunkt seiner Rede gestellt, so wählte er nun eine eher nüchterne Tonlage. Keine großen Visionen oder tiefgreifender Veränderungen, sondern eher ein Arbeitsprogramm mit einigen Schwerpunkten trug er vor. Die Rede entsprach dem nüchternen Rahmen. Der Kongress war nur teilweise besetzt, weil die meisten Abgeordneten und Senatoren der Oppositionsparteien und selbst etliche Mitglieder der Koalition am 1. Januar gar nicht erst nach Brasilia gekommen waren. Die Regierung hatte von der Einladung ausländischer Gäste oder Staatspräsidenten abgesehen. Und vor dem Parlament und dem Präsidentenpalast, wo vor vier Jahren mehr als 50.000 Menschen die Amtseinführung von Lula gefeiert hatten, verloren sich in diesem Jahr etwa 5.000 Personen – ein Teil davon auf Regierungskosten nach Brasilia eingeladen.

In seiner Rede betonte der Präsident u.a.

- ein neues Gewicht für die Bildungspolitik, um die Qualität der Bildung zu verbessern,
- eine Fortsetzung der armutsorientierten Sozialmaßnahmen, die sich nicht auf die Sozialhilfe beschränken würden, sondern soziale Rechte begründen und zunehmend strukturverändernd wirken sollen, so dass sie zu einem wichtigen Bestandteil der Entwicklungsstrategie des Landes werden,
- die Ankündigung des Programms zur Beschleunigung des Wachstums (PAC), ohne dass der Präsident bereits Einzelheiten dieses Programms bekannt gab,
- das Festhalten an der stabilitätsorientierten Ausgabenpolitik und eine allmähliche Absenkung der Zinsen,
- die politische Reform, die „eine Priorität sein soll“, ohne Einzelaspekte dieser Reform anzusprechen.

Angesichts der insgesamt keineswegs so glänzenden Bilanz seiner ersten Amtszeit versprach Lula nun: „meine zweite Regierung wird eine Regierung der Entwicklung, mit Verteilung der Einkommen und Bildung mit Qualität“. Die Bildungspolitik hob er mehrfach hervor – wohl wissend, dass sich in den vergangenen Jahren die schulische Ausbildung verschlechtert hat.¹

¹ Drei am 07. Februar vom Bildungsministerium veröffentlichte aktuelle Erhebungen zeigen deutlich, dass das ohnehin nicht sehr gute Ausbildungsniveau gegenüber dem Stand von 2002 zurückfiel und dass die Zahl der Schüler in der Mittelstufe, die ohnehin nur von 45% der Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren besucht wird, zurückging. Viele Schüler haben am Ende der Mittelstufe gerade einmal Kenntnisse des Grundstufenniveaus erreicht. Das Thema Bildungspolitik wird Gegenstand einer der nächsten Ausgaben des „Focus – Brasilien“.

Wie schon während des Wahlkampfes, unterstrich der Präsident in seiner Rede wiederholt seine Verbundenheit mit dem „Volk“ - womit er vor allem die ärmeren Volksschichten meinte –, und er klagte über das Unverständnis und die vermeintliche Opposition die „Eliten“. „Es fehlen diejenigen nicht, die aus der Höhe ihrer elitistischen Vorurteile die volkstümliche Option als Frucht der Verführung (...) durch die ‘Verteilung von Brosamen’ herabwürdigen.“ Jeden Vorwurf eines vermeintlichen Populismus verbat sich Lula: „Unsere Regierung war nie und ist nicht ‚populistisch‘, sie ist volkstümlich (*popular*) und wird es bleiben.“ Gleichwohl schlug er zum Ende seiner Rede einen messianistischen Ton an, als er in einer kleinen Litanei aufzählte, was er von Gott erbeten und erhalten habe, um schließlich zu enden: „Ich habe nichts erhalten, was ich erbat, aber ich erhielt alles, was ich brauchte.“

Demetrio Magnoli meinte in einer Analyse der Präsidentenrede, veröffentlicht am 11. Januar in den Zeitungen „O Globo“ und „O Estado de São Paulo“, Lula habe eine magische Trinität der Erlösung vorgestellt: ich, Gott und die Armen. Das Konzept der Arbeiterbewegung, das Grundlage der Gründung der Arbeiterpartei (PT) war, sei durch das Konzept der Armen ersetzt worden, das im Gegensatz zu jenem Konzept der Arbeiterbewegung nicht in der Tradition der Linken sondern des Populismus stehe. Gleichwohl sei der Lulismus kein Populismus, auch wenn der Präsident gelegentlich zu populistischen Stilmitteln greife. Das Thema Armut und Armutsbekämpfung sei schließlich mittlerweile ein zentrales Element von Politik, nicht nur in Brasilien. Als bedenklich hob Magnoli hervor, dass Lula den Eindruck erweckte, sein Aufstieg zur Präsidentschaft erfolgte als eine Ernennung durch Gott. Während er sich in seiner Rede sieben Mal auf Gott berief, habe er die zentralen Institutionen des demokratischen Machtgleichgewichts, darunter das Parlament, praktisch nicht erwähnt, dafür aber Konsultationsprozesse mit der organisierten Gesellschaft in Aussicht gestellt.

Das Programm zur Beschleunigung des Wachstums

Das Wirtschaftswachstum Brasiliens der letzten vier Jahre von durchschnittlich 2,6% blieb eindeutig sowohl hinter dem Bedarf des Landes, als auch hinter den Versprechungen des Kandidaten Lula im Wahlkampf 2002 zurück. Im lateinamerikanischen Vergleich steht Brasilien praktisch an letzter Stelle (nur Haiti hatte noch schlechtere Zahlen). Im Wahlkampf 2006 hielt sich der Kandidat Lula zwar mit Wachstumsvorhersagen zurück, doch die anhaltende Kritik am mageren Wachstum während seiner Amtszeit verführte ihn schließlich nach dem Wahlsieg dazu, ein kontinuierliches Wachstum von mindestens 5% für die nächsten Jahre in Aussicht zu stellen. Zwar wurden sofort nach dieser Ankündigung von Wirtschaftswissenschaftlern und selbst Regierungsangehörigen erhebliche Zweifel an der Realisierbarkeit dieses Ziels geäußert – allein der zusätzliche Energiebedarf für ein so hohes Wachstum ist wohl kurzfristig nicht zu befriedigen – und der Präsident ließ auch einige Zeit vollkommen offen, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Doch das Versprechen stand im Raum und musste von der Regierung in die Tat umgesetzt werden. Als Instrument zur Verwirklichung seines Versprechens verkündete Präsident Lula schließlich am 22. Januar das „Programm zur Beschleunigung des Wachstums“ (*Programa de Aceleração do Crescimento, PAC*).

PAC ist ein Entwicklungsprogramm mit dem Ziel, die Wirtschaftsentwicklung zu beschleunigen und ab 2008 ein jährliches Wachstum von 5% zu erreichen. Dazu sollen bis

2010 insgesamt 503,9 Milliarden Reais (ca. 180 Mrd. Euro) in Projekte zum Ausbau der Infrastruktur investiert werden, insbesondere Straßenbau, Ausbau von Häfen und Flughäfen, Energiegewinnung, Wohnungsbau, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Der größere Teil dieser Summe (287 Mrd. R\$ = ca. 103 Mrd. Euro) soll von der öffentlichen Hand, ein zweiter Teil (216,9 Mrd. R\$ = ca. 78 Mrd. Euro) soll von dem Privatsektor aufgebracht werden. Die öffentlichen Mittel sollen über staatliche Direktinvestitionen und Regierungskredite an Bundesstaaten und Gemeinden, vor allem aber über eine ganze Reihe von Steuererleichterungen und –anreize zur Verfügung gestellt werden. Unter anderem soll ein Fond für Infrastrukturinvestitionen begründet werden, in den die Arbeitnehmer bis zu 10% ihrer Rückstellungen aus der Arbeitslosenversicherung (FGTS) investieren könnten.

Im Rahmen des PAC sind über das ganze Land verteilt eine große Anzahl von konkreten Einzelmaßnahmen aufgelistet, von der Asphaltierung einzelner Straßenabschnitte über den Bau von Eisenbahnstrecken, die Erweiterung von Häfen und Flughäfen, den Bau von Wasserkraftwerken, Strom- und Gasleitungen, Abwassersystemen und Kläranlagen etc. etc. Bei einem erheblichen Teil dieser Projekte handelt es sich jedoch um Maßnahmen, die schon lange geplant sind und teilweise bereits begonnen wurden. Sie wurden jetzt werbewirksam noch einmal angekündigt.

Zur Verwirklichung von PAC braucht die Bundesregierung die Unterstützung der Bundesstaaten und Gemeinden. Zudem müssen im Parlament eine Reihe von Begleitgesetzen und präsidentiellen Dekreten verabschiedet bzw. bestätigt werden. Seitens der Regierung soll die Umsetzung von PAC durch die Ministerin Dilma Rousseff (Präsidialamt/Regierungskoordination) und ihre Kollegen der Ressorts Planung und Finanzen überwacht werden.

Erste Reaktionen seitens der Parlamentarier und Gouverneure zeigen, dass sich die Regierung auf einige zähe Verhandlungen über die Vielzahl der beabsichtigten Neuregelungen vor allem im Bereich des Steuerrechts einlassen muss. Allerdings ließ der Präsident bereits verlauten, dass er keine substantiellen Änderungen an dem Programm dulden werde. Die Gewerkschaften kritisierten die Absicht, einen Teil der Arbeitslosenversicherung für Einzahlungen in den Infrastrukturfond freizugeben und verlangten zumindest einen Schutz der Einlagen. Umweltorganisationen sorgen sich, dass ökologische Aspekte im Rahmen von PAC übergangen werden.

Auf den ersten Blick ist PAC ein ehrgeiziges Entwicklungsprogramm, von dem tatsächlich wichtige Wachstumsimpulse ausgehen können – sofern die Großzahl der Maßnahmen verwirklicht wird. Auf den zweiten Blick ist PAC eine Fortschreibung bisheriger Planungen und ähnelt sehr stark den Entwicklungsplänen, wie sie schon von Lulas Vorgängern verkündet worden waren; beispielsweise dem Programm „Avança Brasil“ von Präsident Cardoso, der ebenfalls ehrgeizige Infrastrukturprojekte in Aussicht gestellt, aber während seiner Amtszeit nur einen Bruchteil davon verwirklicht hatte.

Ungeachtet dessen wird die Regierung gewiss mit aller Energie versuchen, möglichst viele der vorgesehenen Projekte zu verwirklichen. Die ergebnisorientierte Präsidialamtsministerin Dilma Rousseff wird ihre Koordinationsfunktion sicherlich nutzen wollen, um sich für künftige andere Aufgaben nach Lula zu profilieren.

Eine neue Reform der Rentenversicherung?

Herrscht im Hinblick auf PAC und die Wachstumsperspektiven viel Zuversicht, so bereitet ein anderes Thema der Regierungsmannschaft eher Kopfzerbrechen: die Entwicklung der Rentenkassen. Präsident Lula hatte zwar nach der Wahl energisch bestritten, dass es während seiner Amtszeit zu einer neuen Reform kommen werde, vor allem wenn damit Leistungseinschränkungen verbunden wären. Neuere Zahlen über das ständig wachsende Defizit und den entsprechend zunehmenden Zuschußbedarf aus Steuermitteln lassen der Regierung jedoch keine andere Wahl, als eine Reform zumindest vorzubereiten.

Die staatliche Rentenversicherung hat das Jahr 2006 mit einem nominalen Defizit in Höhe von 42,065 Milliarden Reais abgeschlossen (ca 15 Mrd. Euro), was einer Steigerung um 11,9% gegenüber 2005 entsprach. Die Einnahmen betrugen R\$ 123,520 Mrd, die Ausgaben R\$ 165,585 Mrd. Grosse Probleme der Rentenversicherung sind die unverhältnismäßig hohen Pensionen für die Staatsbeamten sowie die Rentenzahlungen für Personen, die nie in die Rentenkassen eingezahlt haben. Das ist eine Sozialleistung des Staates, die zwar beibehalten werden, aber möglicherweise als Folge einer Reform aus anderen Haushaltsmitteln aufgebracht werden soll. Das Defizit im Staatshaushalt ist durch Umschichtung jedoch nicht zu beseitigen.

Am 12. Februar trat erstmals das neu gegründete Forum der Rentenversicherung zusammen, das über Reformvorschläge beraten soll. Präsident Lula kündigte bei dieser Gelegenheit an, dass er keine „vereinfachenden Auswege“ akzeptieren werde. Eine Privatisierung beispielsweise kommt nicht in Frage. Auch gegen eine Heraufsetzung des Rentenalters oder eine Verlängerung der zur Zeit 35 Beitragsjahre hat sich der Präsident bislang noch stets ausgesprochen. Solange das Forum tage, wolle er sich nicht mehr zu diesem Thema äußern. Gleichwohl wird bei einem weiteren Anstieg des Defizits der Rentenkasse der Handlungsdruck ebenfalls zunehmen.

Konflikt um die Wahl der Präsidenten des Senats und der Abgeordnetenkommission

Das Ansehen des brasilianischen Parlaments befindet sich nach den Skandalen der vergangenen Jahre auf einem historischen Tiefststand. Stimmenkauf, Korruption und die Veruntreuung öffentlicher Mittel, die Inkompetenz des Führungspersonals der Parteien und Fraktionen, die u.a. 2005 zur Wahl eines Kammerpräsidenten aus den Reihen des sogenannten „niederen Klerus“ geführt hatte, der mit diesem Amt vollkommen überfordert war, sowie die Absolution nahezu aller Parlamentarier, die in einen der vielen Skandale verwickelt waren, haben das Vertrauen der Bevölkerung in das Parlament nachhaltig beschädigt. In der öffentlichen Wahrnehmung ging dabei unter, dass auch in den vergangenen Jahren wichtige Gesetze und Verfassungszusätze verabschiedet wurden, die in einigen Bereichen der Steuer-, Rechts- Sozial- und Wirtschaftspolitik mittelfristig durchaus wichtige Weichenstellungen für eine Stärkung demokratischer Institutionen und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung sind. Die Wahlen im Oktober 2006 haben insofern einen gewissen Neuanfang ermöglicht, als einige der in die Skandale verwickelten Abgeordneten nicht wiedergewählt wurden, während andere ihr Mandat erneuern konnten. Ihre Wahl gilt nun als eine Art Absolution durch den Souverän.

Die Schatten der Vergangenheit legten sich aber bereits wieder über die Wahl der Präsidenten des Senats und der Abgeordnetenkammer. Diese verfügen im brasilianischen Regierungssystem über große Macht, weil sie u.a. die Tagesordnung des Parlaments bestimmen und dadurch die Gesetzgebungsverfahren entscheidend beeinflussen können. Die elf Parteien der Regierungskoalition des Präsidenten (PMDB, PT, PP, PR, PTB, PSC, PTC, PTdoB, PSB, PCdoB und PRB) vereinen zwar eine breite Mehrheit von 321 der insgesamt 513 Mandate, konnten sich aber nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten für den Kammerpräsidenten einigen. Wie in früheren Jahren hat sich die Zahl der „Regierungsabgeordneten“ mittlerweile durch Parteiwechsel erhöht (vgl. Tabelle im Anhang).

Der bisherige Kammerpräsident Aldo Rebelo von der kleinen Kommunistischen Partei (PcdoB) strebte seine Wiederwahl an und wurde darin zunächst auch von Präsident Lula unterstützt. Ohne Absprache mit dem Präsidenten ernannte dessen Arbeiterpartei (PT) mit Arlindo Chinaglia jedoch einen eigenen Kandidaten, der sich mit der stärksten Fraktion der PMD darüber verständigte, nach zwei Jahren sein Amt zugunsten eines PMDB-Kandidaten aufzugeben. Innerhalb des Parlaments und der Koalitionsparteien entbrannte daraufhin ein heftiger Wahlkampf, in dessen Verlauf der noch amtierende Kammerpräsident Rebelo gemeinsam mit dem ebenfalls um seine Wiederwahl besorgte Senatspräsident Renan Calheiros am 14. Dezember 2006 mit einem Federstrich die Diäten aller Parlamentarier um 91% anheb, d.h. praktisch verdoppelte! Diese Entscheidung bedurfte keiner weiteren Abstimmung. Die meisten Landtage nutzten die Gelegenheit, um auch ihre Gehälter analog anzupassen. Der daraufhin ausbrechende Proteststurm im Lande, der von den Medien genährt wurde, führte das Oberste Bundesgericht (STF) dazu, bereits am 19. Dezember die Anhebung der Diäten als verfassungswidrig zu kassieren. Das Ansehen des Parlaments und seiner Mitglieder hat unter dieser Aktion jedoch erneut stark gelitten.

Nach weiteren vier Wochen heftigen Wahlkampfes innerhalb des Parlaments, in dessen Verlauf die Allianzen verschiedentlich wechselten und die Opposition durch Ernennung eines eigenen Kandidaten von dem Zwist innerhalb des Regierungslagers zu profitieren hoffte, fand am 01. Februar die Wahl der Kammerpräsidenten statt. Im Senat wurde Renan Calheiros (PMDB) von 51 der 91 Senatoren gewählt. In der Abgeordnetenkammer gewann PT-Kandidat Arlindo Chinaglia im zweiten Wahlgang mit 261 Stimmen gegen Aldo Rebelo (243 Stimmen).

Die Stimmen der PSDB-Abgeordneten aus São Paulo, die auf Weisung des Gouverneurs José Serra in der Stichwahl für den PT-Kandidaten gestimmt hatten, waren entscheidend für den Sieg von Chinaglia. Die PSDB erhielt dafür nicht nur das Amt des ersten Vizepräsidenten der Kammer; vielmehr machte José Serra deutlich, dass er im Hinblick auf eine eventuelle Präsidentschaftskandidatur zu einer Zusammenarbeit mit der PT bereit ist.

Die Wahl von Chinaglia war ein weiterer wichtiger Schritt zur Konsolidierung der Arbeiterpartei nach ihrer Erschütterung aufgrund der Skandale der letzten Jahre. Bereits bei den Wahlen hatte sie besser abgeschnitten als erwartet. Nun hat sie mit dem Kammerpräsidenten eine weitere zentrale Führungsfunktion im politischen System des Landes übernommen. Schon melden sich aus der Partei gewichtige Stimmen zugunsten einer Amnestie von José Dirceu, dem früheren Parteivorsitzenden und Präsidentschaftsminister, der als einer der ganz wenigen Verantwortlichen der illegalen monatlichen Zuwendungen an Parlamentarier sein Amt und Mandat und für acht Jahre seine Wählbarkeit verloren hat.

Oberstes Bundesgericht behindert die Konsolidierung des Parteiensystems

Mit zwei Entscheidungen der jüngsten Zeit hat das Oberste Bundesgericht die Konsolidierung des Parteiensystems torpediert. 1995 war eine politische Reform entschieden worden, wonach ab 2007 den Parteien, die auf nationaler Ebene nicht über 5% der Stimmen kamen, die Übernahme von Leitungsfunktionen im Parlament und der Anteil an einigen Regalien wie den kostenlosen Werbezeiten im Fernsehen versagt wurde. Das STF hat diese Regelung Ende 2006 als verfassungswidrig kassiert. Zudem entschied das Gericht Anfang Februar 2007, dass aufgrund des Gleichheitsgrundsatzes der Verfassung die kleinen Parteien bei der staatlichen Parteienfinanzierung nicht schlechter gestellt werden dürften als die großen. Sofern das Parlament diese Entscheidung nicht ändern kann, werden die großen Parteien wie die PT oder die PSDB nahezu die Hälfte ihrer staatlichen Zuwendungen zugunsten der Kleinparteien verlieren. Folge davon wäre eine Aufrechterhaltung der Zersplitterung des Parteiensystems, die ein Problem der Bildung stabiler Regierungsmehrheiten in Brasilien ist, wie Präsident Lula bei seinen Überlegungen für eine Kabinettsreform wieder erfährt.

Kabinettsreform Anfang März

Bei der Vorbereitung der Kabinettsreform muss Präsident Lula die zahlreichen Ansprüche aus der großen Zahl von Regierungsparteien austarieren. Vor allem die PMDB, die die größte Fraktion in Senat und Kammer stellt, erwartet einen erheblichen Anteil an der Macht und mindestens fünf Ministerien. Die PT wird diesmal weniger Kabinettsposten erhalten als vor vier Jahren.

Wer welchen Posten erhalten bzw. in seinem Amt bestätigt wird, lässt der Präsident offen. Von besonderem Interesse ist die Person des Präsidenten der Zentralbank. Ein Wechsel des bisherigen Amtsträgers würde wohl als Signal verstanden, dass der Präsident gilt, die von vielen Seiten kritisierte restriktive Geld- und Zinspolitik zu lockern.

Umweltministerin Marina Silva wurde in den vergangenen Wochen wiederholt von Kabinettskollegen kritisiert. Ihre Auswechslung könnte als Hinweis verstanden werden, dass die Regierung zugunsten von Wachstumserwägungen Umweltbedenken schneller bearbeiten will. Zudem könnten die Pläne zum Aus- bzw. Neubau von Kernkraftwerken eventuell schneller vorangetrieben werden, wenn die populäre Ministerin nicht mehr als Widersacherin im Amt ist. Andererseits ist ihre Popularität bei Umweltgruppen im In- und Ausland ein wichtiges politisches Kapital, das Präsident Lula eventuell nicht aufgeben will.

Delfin Neto, während der Zeit der Militärregierungen und des „brasilianischen Wirtschaftswunders“ von 1967 bis 1974 allmächtiger Finanzminister, gilt seit dem Wahlkampf des letzten Jahres als wichtiger wirtschaftspolitischer „Guru“ des Präsidenten. Da er 2006 nicht mehr als Abgeordneter wiedergewählt wurde, gilt er zwar nicht als ministrabel. Allerdings wird darüber spekuliert, dass er den Chefposten der brasilianischen Entwicklungsbank BNDES übernehmen könnte. Auf jeden Fall ist das enge Verhältnis von Lula zu Delfim Neto ein weiterer Beleg für den Pragmatismus des Präsidenten. Ein Linkspopulismus, wie er andere Länder Lateinamerikas befallen hat, ist in Brasilien nicht zu erwarten.

Parteien im Brasilianischen Parlament ab 01. Februar 2007

Partei	Mandate nach der Wahl am 01.10.2006	Partei	Mandat bei Parlaments-eröffnung am 01.02.2007	Veränderungen
PMDB	89	PMDB	90	+1
PT	83	PT	83	
PSDB	66	PSDB	64	- 2
PFL	65	PFL	62	- 3
PP	41	PP	41	
PSB	27	PSB	28	+1
PDT	24	PDT	23	-1
PL	23			Umbenennung in PR
		PR	34	
PPS	22	PPS	17	-5
PTB	22	PTB	21	-1
PCdoB	13	PCdoB	13	
PV	13	PV	13	
PSC	9	PSC	7	
PMN	3	PMN	3	-2
PSOL	3	PSOL	3	
PTC	3	PTC	3	
PHS	2	PHS	2	
PRONA	2			-2
PAN	1	PAN	4	+3
PRB	1	PRB	1	
PTdoB	1	PTdoB	1	
TOTAL	513	Total	513	